P r o t o k o l l
 über die öffentliche Sitzung
 des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr
 der Stadt Georgsmarienhütte vom 17.06.2019
 Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181,

Anwesend:

Vorsitz

Beermann, Volker

Mitglieder

Sprekelmeyer, Stephan

Büter, Rainer

Dierker, Heinz

Ferié, Friedrich, Dr.

Funke, Petra

für Robert Lorenz

Kasselmann, Jens

Kir, Emine

Kompa, Peter

Ortmeyer, Mark

Pesch, Karl-Heinz

Wallenhorst, Sandra

Weckermann, Irina

Welkener, Jörg

ab TOP 4

Verwaltung

Bahlo, Dagmar, Bürgermeisterin

Dimek, Torsten

Möllenkamp, Andreas, Umweltbeauftragter

Otten, Niklas

Ickert, Selina

bis TOP 4

Protokollführung

Frühling, Manfred

Gäste

Meyer-Rehberg, Joachim

Nordwestdeutsche
 Treuhandstelle für
 Dauergrabpflege zu TOP 4

Fehlende Mitglieder

Lorenz, Robert

Beginn: 18:05 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FBIV/05/2019 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 27.05.2019
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Dorfentwicklung Georgsmarienhütte
3.2.	Vergabe von Friedhofsleistungen
4.	Gärtnerbetreute Grabanlage auf dem Parkfriedhof Oesede Vorlage: BV/102/2019
5.	LSG-Ausweisung Düte im Rahmen der FFH-Richtlinie - Einbeziehung von zusätzlichen Flächen Vorlage: BV/126/2019
6.	Bebauungsplan Nr. 281 "Sportanlage Rehlberg" - Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 2 BauGB u. § 4 Abs. 2 BauGB - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: BV/117/2019
7.	Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 108 "Mühlenbrink" - Im Siek Vorlage: BV/103/2019
8.	Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 108 "Mühlenbrink" - Körnerstraße Vorlage: BV/112/2019
9.	Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 07 "Haunhorst" / Überschreitung Baugrenze Vorlage: BV/086/2019
10.	Beleuchtung an der Brückenstraße Vorlage: BV/127/2019
11.	Antrag der SPD / FDP Gruppe - Schutz der biologischen Artenvielfalt/Biodiversität in der Stadt Georgsmarienhütte Vorlage: BV/118/2019
12.	Antrag der CDU - Brückenerneuerung an der Schulstraße im Jahr 2020 Vorlage: BV/122/2019

- 13. Antrag der CDU - Fahrradweg von Bad Iburg nach Georgsmarienhütte
Vorlage: BV/123/2019
- 14. Beantwortung von Anfragen
 - 14.1. Straßenzustand Feuerstätte
 - 14.2. Fliegenplage Kolpinghaus/Mühlenbruch
 - 14.3. Barken am Mühlenweg
 - 14.4. Infoveranstaltung zur Talbrücke Oesede
 - 14.5. Anliegengespräche mit Anwohner der Brücke Schulstraße
- 15. Anfragen
 - 15.1. Lärmschutzwand im Bereich B 51
 - 15.2. Umbau Marktplatz Kloster Oesede
 - 15.3. Borkenkäferplage
 - 15.4. Reinigung von Straßeneinläufen
 - 15.5. Straße Im Hainghof

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Beermann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FBIV/05/2019 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 27.05.2019

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. FBIV/05/2019 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 27.05.2019 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Dorfentwicklung Georgsmarienhütte

Mit dem Prozess zur Aufstellung des Dorfentwicklungsplanes wurde inzwischen gestartet. Die ersten Ortsgespräche haben in den Ortsteilen Alt-Georgsmarienhütte, Kloster Oesede, Dröper und Holzhausen bereits stattgefunden. Vorgesehen ist, bis Anfang Juli noch in Holsten-Mündrup und Harderberg Ortsgespräche durchzuführen.

An den Gesprächen haben bis zu 80 Personen teilgenommen. Vertreter des beauftragten Büros pro-t-in aus Lingen haben in den Gesprächen die Systematik der Dorfentwicklung und das Dorfentwicklungsverfahren in der Dorfregion Georgsmarienhütte vorgestellt. In der sich anschließenden Arbeitsphase waren alle Teilnehmer dazu aufgerufen, die Stärken und Schwächen sowie die Herausforderungen für den jeweiligen Ortsteil aufzuzeigen.

Das Ergebnis wird dann als Grundlage für die Arbeitsgruppe „Dorfregion Georgsmarienhütte“ zur Erstellung des Dorfentwicklungsplanes dienen.

3.2. Vergabe von Friedhofsleistungen

Die öffentliche Ausschreibung der Bestattungsarbeiten und Kapellenbetreuung auf dem Friedhof Harderberg, dem Waldfriedhof Kloster Oesede und dem Parkfriedhof Schauenroth, sowie für die Kapelle Alt-Georgsmarienhütte für den Zeitraum 01.01.2020 – 31.12.2022 wird derzeit vorbereitet und nach den Sommerferien veröffentlicht. Eine Vergabe erfolgt losweise.

4. Gärtnerbetreute Grabanlage auf dem Parkfriedhof Oesede **Vorlage: BV/102/2019**

Ausschussvorsitzender Beermann begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Meyer-Rehberg von der Nordwestdeutschen Treuhandgesellschaft für Dauergrabpflege GmbH und übergibt anschließend das Wort an Herrn Dimek, der im Hinblick auf die bereits erfolgten Beratungen einen kurzen Rückblick über die Gesamtangelegenheit gibt.

Insbesondere verweist Herr Dimek auf die Beratungen über die eingeholten Pflegekonzepte am 18.02.2019. Diese wurden in der damaligen Sitzung aufgrund der im Raum stehenden Fragen und der unzureichenden Qualität der vorgelegten Skizzen nicht abschließend beraten, sondern es sollte den Bietern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Entwürfe nachzubessern.

Dieses ist nunmehr zu dieser Sitzung geschehen, so dass Herr Dimek das Wort an Herrn Meyer-Rehberg übergibt, der im Anschluss daran die Angebote im Einzelnen vorstellt und auf vereinzelt Nachfragen gezielt eingeht. Der Ausschuss bedankt sich insgesamt für die Vorstellung bei Herrn Meyer-Rehberg und hält nunmehr eine sachgerechte Beratung im Fachausschuss für möglich.

Zur Klarstellung weist Herr Dimek nochmals darauf hin, dass eine Empfehlung zu einem der beiden vorgelegten Konzepte erfolgen sollte, wie dieses auch im Beschlussvorschlag so beabsichtigt sei. Vertragspartner wäre allerdings immer die Nordwestdeutsche Treuhandgesellschaft für Dauergrabpflege GmbH und nicht die jeweilige Bietergemeinschaft. Insofern dient das entsprechende Konzept sicherlich als Grundlage für die Ausgestaltung der Flächen, jedoch sind die letzten Einzelheiten im Innenverhältnis zwischen der Nordwestdeutschen Treuhandgesellschaft und der entsprechenden Bietergemeinschaft zu regeln.

In der abschließenden Diskussion wird in allen Fraktionen das Konzept der Bietergemeinschaft Sannemann- Richter als das bessere Konzept bewertet. Ausschlaggebende Gründe sind u. a. die höhere Anzahl von Grabstätten, die ökologische Ausrichtung mit Bienenweide und die Einbindung in den vorhandenen Bestand bzw. die Abschirmung zur Friedhofskapelle mit Rhododendron. Die von der Treuhand zur Verfügung gestellte Bewertungsmatrix, verbunden mit der Bewertung, nach der das Konzept Brückner-Rahe gegenüber dem Konzept Sannemann-Richter leichte Vorteile habe, könne nicht nachvollzogen werden

Der Vertreter des Behindertenbeirates, Herr Poggemann, weist nochmals auf die nach seiner Auffassung erforderliche Barrierefreiheit im Bereich der Grabflächen hin, die sowohl Rollstuhlfahrern wie auch Rollatoren-Nutzern eine Möglichkeit des Betretens der Grabfläche bieten sollte. Hier weist Herr Meyer-Rehberg darauf hin, dass alle Konzepte wie auch ein grundsätzliches Friedhofskonzept davon ausgehen müssen, dass die Grabflächen direkt nicht betreten werden. Ansonsten würden beide Anlagen insgesamt barrierefrei ausgestaltet. Da keine weiteren Fragen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Beermann über den Beschlussvorschlag mit der Ergänzung der Bietergemeinschaft Sannemann-Richter abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird mit 11 Jastimmen, 1 Neinstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst:

Mit der Nordwestdeutschen Treuhandgesellschaft für Dauergrabpflege GmbH ist ein Vertrag für die Errichtung und Betreuung einer gärtnerbetreuten Grabanlage auf dem Parkfriedhof Oesede auf der Grundlage des Konzeptes der Bietergemeinschaft Sannemann-Richter abzuschließen.

**5. LSG-Ausweisung Düte im Rahmen der FFH-Richtlinie -
Einbeziehung von zusätzlichen Flächen
Vorlage: BV/126/2019**

Zu diesem Tagesordnungspunkt verweist der Umweltbeauftragte der Stadt Georgsmarienhütte, Herr Möllenkamp, auf die Vorlage sowie beigefügten Anlagepläne. Hierbei führt er aus, dass im Rahmen der geplanten LSG-Ausweisung Düte die Einbeziehung von zusätzlichen Flächen, die in der Verfügungsgewalt der Stadt Georgsmarienhütte stehen, grundsätzlich überlegt werden sollte. Im Wesentlichen handelt es sich um Flächen, die bereits durch entsprechende rechtliche Vorgaben der § 29, § 30 BNatschG oder durch eine eigene städtische Satzung über geschützte Landschaftsbestandteile, einen hohen Schutzstatus genießen. Dieser dürfte sich durch die Einbeziehung in die LSG-Ausweisung nicht ändern, so dass voraussichtlich keine über den heutigen Stand hinausreichende Restriktionen erlassen werden.

Im Rahmen der Vorstellung der einzelnen Folien weist Herr Möllenkamp darauf hin, dass die bislang vorgesehene LSG-Ausweisung in den Plänen mit weißer Farbe hinterlegt worden sind. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um den Verlauf der Düte zuzüglich eines ca. 10 m breiten Gewässerrandstreifens zu beiden Seiten. Die blau dargestellten Flächen sind Flächen, die in der Verfügungsgewalt der Stadt Georgsmarienhütte stehen und zusätzlich zu der linienhaften LSG-Ausweisung bis in das LSG Düte einbezogen werden sollten. Grundsätzlich sprechen sich die Ausschussmitglieder für die Erweiterung der LSG-Ausweisung aus, würden jedoch eine Verschärfung der Schutzbestimmungen und somit die Reduzierung von bisher möglichen Nutzungen, z. B. das Verbot einer Beweidung und dergl. mehr, ablehnen. Hier müsste dann eine weitere Beratung erfolgen, sobald die entsprechenden Schutzgebietsvorschriften bekannt sind.

Ratsmitglied Sprekelmeyer erkundigt sich danach, ob durch die Nachmeldung von Flächen im Bereich der Firma Wiemann hier künftig keine Erweiterungsmöglichkeit mehr zugelassen werden sollte.

Hierzu wird von Herrn Möllenkamp erläutert, dass grundsätzlich die Düte in diesem Bereich in die weiter südlich gelegene blaue Fläche einbezogen werden soll, so dass künftig ein FFH-Gewässer direkt an der Grundstücksgrenze zur Firma Wiemann nicht mehr vorliegen würde. Hier muss mit dem Landkreis darüber diskutiert werden, dass dann eine Aufhebung des FFH-Status für diese Flächen erfolgen muss, so dass dann nach einer entsprechenden Planreife eine Erweiterungsmöglichkeit gegeben ist.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die zusätzlich benannten Flächen im Bereich Im Dütetal/Stahmerwiesen, von-Galen-Straße/Im Stavern, Entwicklungsfläche Stadtzentrum, Am Breenbach/Wellendorfer Straße, Am Brenbach/Heinrich-Schmedt-Straße, Heinrich-Schmedt-Straße/Osterdamm, Mühlenteich/Auf der Insel, Auf der Insel/Im Sutarb Schwesterwiesen werden in das LSG-Verfahren einbezogen. Mit dem Landkreis Osnabrück sind entsprechende Gespräche zu führen.

**6. Bebauungsplan Nr. 281 "Sportanlage Rehlberg" -
Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 2
BauGB u. § 4 Abs. 2 BauGB - Abwägung und
Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/117/2019**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erläutert Herr Frühling ausführlich den Inhalt der Vorlage und geht auf einzelne Belange nochmals besonders ein. Insbesondere weist er darauf hin, dass mit der vorliegenden Bauleitplanung das Ergebnis des seinerzeitigen Realisierungswettbewerbes für das Areal Rehlberg planungsrechtlich umgesetzt werden soll. Neben den Festsetzungen zu den überbaubaren Bereichen, den Gemeinbedarfsflächen für soziale Zwecke oder auch für Sport- und Spielanlagen steht daneben die Festsetzung des vorhandenen Waldbestandes, aber auch die Umwandlung von Waldflächen in eine Parkanlage im Focus der Bauleitplanung. Hierbei wird diese Parkanlage nicht als gepflegter Landschaftspark angelegt, sondern soll durch verschiedene Wegeführungen, die gleichfalls Bestandteil des Siegerentwurfs im Rahmen des Realisierungswettbewerbes waren, umgestaltet werden. Die grundsätzliche waldähnliche Nutzung und damit auch die Funktion bliebe erhalten. Im Hinblick auf die Lage der nach dem Waldrecht erforderlichen Ersatzflächen stellt Herr Frühling Flächen vor, die im Bereich der Straße Königsesch im Stadtteil Holzhausen liegen.

Ratsmitglied Weckermann erklärt für die Fraktion „Bündnis90/DieGrüne“, dass in der Fraktion unterschiedliche Auffassungen bestehen und einige Fraktionsmitglieder die Umsetzung des Ergebnisses des Realisierungswettbewerbs aufgrund der erheblichen finanziellen Auswirkungen abgelehnten. Daher werden Fraktionsmitglieder nicht einhellig pro oder kontra zum Entwurf äußern bzw. abstimmen.

Ratsmitglied Sprekelmeyer bittet darum, die noch vorhandenen Flächenreserven im Bereich Holzhausen aufzuzeigen und diese dem Protokoll beizufügen.

Ratsmitglied Funke erkundigt sich nach dem Kompensationsflächenpool Rittergut Osthoff, auf dem die nach der Eingriffsregelung erforderlichen Kompensationsmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Insbesondere interessiert sie, wie die einzelnen Maßnahmen nachgehalten werden, ob eine Kontrolle erfolgt usw.

Herr Möllenkamp erläutert dazu, dass es sich hierbei einen privaten Flächenpool handelt, der aufgrund einer vertraglichen Gestaltung zwischen dem Landkreis Osnabrück und dem Flächeneigentümer zustande gekommen ist; eine Kontrolle der jeweiligen Maßnahmen erfolgt durch den Landkreis.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Beermann, ob die Vernässungsmaßnahme als Ersatzmaßnahme für das Entfernen von Bäumen möglich ist oder eine gleichartige Kompensation erfolgen muss, verweisen sowohl Herr Frühling wie auch Herr Möllenkamp auf das Osnabrücker Modell, in dem Werteinheiten festgesetzt werden, die dann entsprechend ausgeglichen werden müssen. Eine besondere Form des Ausgleiches werde nicht vorgeschrieben.

Im Nachfolgenden stellt Herr Beermann kurz die eingegangenen Anregungen und Hinweise vor. Nachfragen bestehen nicht. Auf eine Einzelabstimmung wird verzichtet. Insgesamt werden die von der Verwaltung vorbereiteten Abwägungsvorschläge mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimme angenommen.

Da weitere Fragen nicht vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Beermann über den abschließenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird mit 11 Jastimmen und 2 Neinstimmen mehrheitlich gefasst:

Nach Abwägung der in dem Bauleitplanverfahren gemäß 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragene Stellungnahmen wird der Bebauungsplan Nr. 281 "Sportanlage Rehlberg" mit Begründung als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen.

**7. Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 108 "Mühlenbrink" - Im Siek
Vorlage: BV/103/2019**

Auf die Verwaltungsvorlage wird verwiesen.

Weiter erläutert Herr Frühling, dass die Verwaltung grundsätzlich die Möglichkeit einer rückwärtigen Bebauung in diesem Bereich sieht, dieses sowohl als Solitärgebäude für das Grundstück des Antragstellers, aber auch im Rahmen einer Gesamtkonzeption für den Bereich zwischen den Gebäuden Im Siek 11 und Im Siek 19. In diesem Zusammenhang merkt er an, dass diese Fläche im Rahmen des Handlungspapiers zur aktiven Innenentwicklung Oesede mit aufgeführt ist. Grundsätzlich sollte für den Bereich zwischen den Gebäuden Im Siek 11 bis Im Siek 19 eine Befragung der Anlieger im Hinblick auf ihre Interessenslage durchgeführt werden.

In der nachfolgenden Diskussion erkundigt sich Ratsmitglied Sprekelmeyer, ob die in den Lageplänen dargestellte Abgrenzung des Befragungsgebietes verpflichtend sei oder ob eine Änderung noch möglich sei. Er spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, dass ausschließlich die Privatanlieger in der Straße Im Siek befragt werden.

Dass diese Möglichkeit besteht, wird von Herrn Frühling bestätigt.

Weiter erkundigt sich Herr Sprekelmeyer danach, ob geplant sei, eine Straße zur Erschließung vorzusehen, die dann ggf. gleichzeitig weiter östlich liegende Flächen mit erschließen könnte.

Hierauf erwidert Herr Frühling, dass grundsätzlich beabsichtigt sei, die Grundstücke über die vorgelagerten Grundstücksflächen zu erschließen, wobei sinnvollerweise sich die jeweiligen

Eigentümer zusammenschließen sollten, um die entsprechende Erschließungsanlage herzurichten.

Der Ausschussvorsitzende unterbricht aufgrund einer Wortmeldung aus dem Publikum die Sitzung für 5 Minuten.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wird deutlich, dass die ursprünglich vorgesehene Grenze des möglichen Änderungsbereichs anders gefasst werden soll. Diese Grenze wird bis an die rückwärtige Grundstücksgrenze der an die Straße Im Siek liegenden Baugrundstücke verschoben. Eine Befragung der Kirchengemeinde Heilig-Geist erübrigt sich damit.

Frau Weckermann hält für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen grundsätzlich die von der Verwaltung vorgeschlagene Befragung der Anlieger für sinnvoll und weist darauf hin, dass falls von einer Einzelplanung abgesehen wird, ihr Fraktion grundsätzlich eine Überplanung dieser Flächen mittragen könnte.

Aufgrund der Ausschussberatungen formuliert der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag wie folgt:

Grundsätzlich wird die Aufstellung einer Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 „Mühlenbrink“ zur Aktivierung von Bauflächen in zweiter Reihe für die Grundstücke „Im Siek 11 bis 19“ positiv gesehen. Der vorgestellte Änderungsbereich wird dabei aufgrund der Beratungen bis an die rückwärtige Grundstücksgrenze der an der Straße im „Im Siek“ liegenden Baugrundstücke verschoben. Vor einem Aufstellungsbeschluss, der aufgrund der Erschließungssituation auch nur für das Grundstück der Antragstellerin erfolgen könnte, wird die Verwaltung beauftragt, die Anlieger der Gebäude „Im Siek 11 bis 19“ (ungerade) zu etwaigen Bauabsichten zu befragen.

Folgende geänderte Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Grundsätzlich wird die Aufstellung einer Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 „Mühlenbrink“ zur Aktivierung von Bauflächen in zweiter Reihe **für die Grundstücke „Im Siek 11 bis 19“** positiv gesehen. **Der vorgestellte Änderungsbereich wird dabei aufgrund der Beratungen bis an die rückwärtige Grundstücksgrenze der an der Straße im „Im Siek“ liegenden Baugrundstücke verschoben.** Vor einem Aufstellungsbeschluss, der aufgrund der Erschließungssituation auch nur für das Grundstück der Antragstellereine erfolgen könnte, wird die Verwaltung beauftragt, **die Anlieger der Gebäude „Im Siek 11 bis 19“ (ungerade)** zu etwaigen Bauabsichten zu befragen.

**8. Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 108 " Mühlenbrink" - Körnerstraße
Vorlage: BV/112/2019**

Auf die Verwaltungsvorlage sowie auf die grundsätzlichen Beratungsgegenstände zu Punkt 7 dieser Tagesordnung wird verwiesen.

In der nachfolgenden Diskussion zu diesem TOP wird auch hier die Frage aufgeworfen, ob die Abgrenzung des Änderungsbereiches wie dargestellt erforderlich sei, oder ob hier noch eine andere Abgrenzung in Richtung Süden sinnvoll sei.

Hierzu wird von der Verwaltung zugesichert, zur Sitzung des Verwaltungsausschusses eine entsprechende Überprüfung vorzunehmen und ggf. den Änderungsbereich oder Befragungsbereich anders abzugrenzen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Grundsätzlich wird die Aufstellung einer Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 „Mühlenbrink“ zur Aktivierung von Bauflächen in zweiter Reihe positiv gesehen. Vor einem Aufstellungsbeschluss, der aufgrund der Erschließungssituation auch nur für das Grundstück der Antragsteller erfolgen könnte, wird die Verwaltung beauftragt, die nördlich und südlich angrenzenden Grundstücksnachbarn nach etwaigen Bauabsichten zu befragen.

**9. Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 07 "Haunhorst" / Überschreitung Baugrenze
Vorlage: BV/086/2019**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erläutert Herr Frühling anhand verschiedener Zeichnungen die beabsichtigte Erweiterung des Gebäudes Am Königshof 55. Hierbei geht er insbesondere darauf ein, dass die Verwaltung wunschgemäß die in der Sitzung am 27.05.2019 aufgeworfenen Fragestellungen geklärt habe. Hinsichtlich der Auswirkungen des Baukörpers auf die Nachbarschaft verweist Herr Frühling auf die in der Präsentation aufgeführten Ansichtszeichnungen, die in letzter Konsequenz das Gebäude mit einer Höhe von rd. 6,5 m über Straßenoberkante darstellen, wobei dieser Gebäudeteil als Dachterrasse ausgebildet werden soll.

Im Hinblick auf diese Höhenentwicklung stellt Herr Frühling eine Ansichtszeichnung des westlich vorhandenen Wohngebäudes am Haunhorstweg vor, welches gleichfalls im Erdgeschoss bzw. auf der Straßenebene Garagen aufweist, darauf aufbauend ein Wohngeschoss und dann ein relativ steiles Dach mit einer Dachneigung von ca. 48 °. Insgesamt ist hier die Gebäudehöhe erheblich höher als auf dem Nachbargrundstück Am Königshof 55.

Im weiteren Verlauf geht Herr Frühling sehr intensiv auf die nachgefragten städtebaulichen Flächenwerte ein. So teilt er mit, dass der Bebauungsplan eine Grundflächenzahl und Geschossflächenzahl von jeweils 0,4 aufweist, d. h. 40 % des Grundstücks können bebaut werden. Aktuell liegt der Bestand der Bebauung bei einer GRZ von 0,2, bezogen auf eine Grundstücksgröße von 692 m². Durch die geplante Erweiterung wird die GRZ auf 0,36 erhöht, was insgesamt einer Bebauung mit einer Fläche von 246 m² entspricht. Eine Überschreitung der zulässigen Geschossfläche ist heute nicht vorgesehen und entsprechend der vorliegenden Berechnung des Architekten auch nach Errichtung des Anbaus nicht erforderlich. Weitere Befreiungen wurden auf dem Grundstück nicht festgestellt und sind auch nicht erforderlich gewesen.

Des Weiteren liegen Nachbarzustimmungen im Bereich Haunhorstweg 19 und Am Königshof 51 vor.

In der nachfolgenden Diskussion hält Ratsmitglied Weckermann eine Befreiung in diesem Falle nicht für zulässig, da nach ihrer Auffassung durch die Überschreitung der Baugrenze die Grundzüge der Planung berührt werden.

Hierauf wird von Herrn Frühling erwidert, dass dieses rechtlich so nicht zu sehen sei, da Baugrenzen im Regelfall keine Grundzüge der Planung darstellen. Anders wäre es z. B. bei der Überschreitung der straßenseitig festgesetzten Baulinie, da sich hier der Plangeber eine entsprechende Abstandsfläche zur Erschließungsstraße vorbehalten habe. Sofern grundsätzlich die Überschreitung von Baugrenzen den Tatbestand der Berührung von Grundzügen der Planung erfüllen würde, wären künftige Befreiungen z. B. im Hinblick auf die Überschreitung einer Baugrenze um 1 m grundsätzlich unzulässig und müsste in einer Neuplanung mit einer Änderung der städtebaulichen Konzeption enden. Dieses sei jedoch vom Gesetzgeber so nicht gewollt gewesen.

Herr Sprekelmeyer weist nochmals darauf hin, dass in der Sitzung am 27.05.2019 ausdrücklich der Wunsch im Ausschuss geäußert wurde, dass auch die Beteiligung der Eigentümer Am Goldbrink 1 erfolgen sollte.

Hierauf erwidert Herr Frühling, dass der Landkreis Osnabrück als zuständige Baugenehmigungsbehörde grundsätzlich eine Beteiligung der Anlieger bzw. Grundstücksnachbarn für diesen Fall nicht für erforderlich erachtet, da offenkundig keine nachbarlichen Interessen berührt sind. Diese Auffassung wird von der Fachabteilung gleichfalls geteilt.

Im Hinblick auf Belichtung und Besonnung und Aussicht halten verschiedene Ratsmitglieder jedoch eine Betroffenheit für gegeben und halten demzufolge eine Beteiligung auch des Eigentümers Am Goldbrink 1 für richtig.

Hierauf erwidert Herr Frühling, dass aufgrund des immer noch recht erheblichen Abstandes zwischen dem Wohngebäude Am Goldbrink 1 und dem geplanten Anbau Am Königshof 55 von fast 18 m eine nachbarliche Betroffenheit nicht erkennbar sei. Die Fragen der Besonnung, Belichtung und der freien Aussicht sind lt. Herrn Frühling rechtlich geklärt, so dass auch hier bei Einhaltung der erforderlichen/normalen Grenzabstände die Belichtungssituation auf dem Nachbargrundstück nicht negativ beeinträchtigt wird. In diesem Falle verweist Herr Frühling darauf, dass sich das Gebäude nordöstlich des Wohngebäudes Am Goldbrink 1 befindet und von daher eine Beeinträchtigung der Besonnungssituation ohnehin nicht gegeben sei. Auch gäbe es keinen Anspruch auf freie Sicht; auch hierzu gibt es entsprechende Urteile.

Unabhängig davon, ergänzt Herr Dimek, sei die Verwaltung auf den Antragsteller bzw. Planer zugegangen und habe eine Beteiligung des Nachbarn Am Goldbrink 1 angeregt. Ein Ergebnis sei der Verwaltung nicht bekannt.

In der weiteren Diskussion wird von Frau Kir ein positiver Beschluss zur vorliegenden Bauvoranfrage für sinnvoll gehalten.

Vor einer abschließenden Beschlussfassung verweist Ratsmitglied Kasselmann darauf, dass sich nach einer Bebauung die Situation für den Anlieger Am Goldbrink 1 doch gravierend ändern würde, da derzeit eine begrünte Hangsituation vorhanden wäre und künftig würde man dann auf ein Gebäude schauen; dieses sei sicherlich ein gravierender Unterschied.

Hieraufhin verweist Herr Frühling nochmals darauf, dass im Hinblick auf die großen Abstände zwischen dem vorhandenen Gebäude Am Goldbrink 1 und dem geplanten Gebäude Haunhorstweg 55 nachbarliche Belange eben nicht berührt sind und die freie Aussicht oder gewohnte Aussicht rechtlich nicht geschützt sei.

Folgende Beschlussempfehlung wird mit 9 Jastimmen, 2 Neinstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst:

Das Einvernehmen zur erforderlichen Befreiung (Überschreitung der südwestlichen Baugrenze um max. 5,5 m) wird hergestellt. Nachbarliche Belange werden durch das Vorhaben nicht berührt.

10. Beleuchtung an der Brückenstraße
Vorlage: BV/127/2019

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird auf die Verwaltungsvorlage verwiesen. Herr Frühling führt weiter aus, dass aufgrund der Beratungen in seiner Sitzung am 18.03.2019 die Verwaltung die offenen Fragestellungen zwischenzeitlich geklärt habe bzw. Näherungswerte erzielt habe, die in der Vorlage aufgeführt sind.

Im Hinblick auf die Beleuchtung des östlich vorhandenen Straßenabschnittes von der Brückenstraße zur B 51 erklärt Herr Frühling, dass lt. Auskunft der Stadtwerke Georgsmarienhütte GmbH hier mit Kosten von ca. 20.000 EURO zu rechnen sei, so dass die Gesamtsumme sich auf ca. 60.000 EURO belaufen wird. Eine abschließende exakte Kostenberechnung könnte nur anhand einer entsprechenden Ausbauplanung benannt werden.

In der nachfolgenden Diskussion wird grundsätzlich die Möglichkeit gesehen, diese Straßenflächen entsprechend auszuleuchten. Allerdings wird im Hinblick auf die Gesamtsumme die Frage aufgeworfen, ob entsprechende Mittel im Haushalt 2019 vorhanden seien und ob grundsätzlich die Möglichkeit bestehe, die Straßenbeleuchtungsanlage noch in diesem Sommer zu errichten, damit in der Herbstzeit eine entsprechende Beleuchtung/Ausleuchtung vorhanden ist.

Sollte dies nicht möglich sein, Ratsmitglied Sprekelmeyer, sei es sinnvoller, die entsprechenden Kosten in den Haushalt 2020 aufzunehmen, damit dann im Laufe des Jahres 2020 der Bau erfolgen könne.

Herr Dimek erklärt hierzu, dass eine entsprechende Haushaltsstelle nicht vorhanden sei, jedoch bestehe grundsätzlich die Möglichkeit durch Umschichtung von Mitteln hier entsprechende Möglichkeiten zu schaffen. Hinsichtlich der Bauausführung noch in diesem Jahr müsse nochmals Kontakt mit den Stadtwerken aufgenommen werden, da eine verbindliche Zusage zur Bauausführung noch in diesem Jahr nicht Gegenstand der Nachfrage war.

Ratsmitglied Kompa spricht sich gleichfalls dafür aus, dass nach Möglichkeit ein Bau noch in diesem Jahr erfolgen solle, da hier vor dem Hintergrund der dargelegten Zahlen von Kindergarten- und Grundschulkindern die Sicherheit vorgehen würde.

Ratsmitglied Kir hält es für sinnvoll, im Haushalt 2019 entsprechende Mittel freizustellen.

Ratsmitglied Sprekelmeyer weist nochmals darauf hin, dass nach seiner Auffassung bei einer realistischen Chance, diese Anlage noch in diesem Jahr zu erstellen, entsprechend gehandelt werden sollte. Sollte jedoch eine Realisierung erst im Jahr 2020 möglich sein, sei es auch sinnvoll, die entsprechenden Mittel im Haushalt 2020 offiziell zu veranschlagen.

Ratsmitglied Beermann übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Sprekelmeyer und ergreift das Wort. Hierbei erinnert er daran, dass der Abriss der Brücke über die B 68 feststehe, lediglich der exakte Zeitraum noch nicht benannt wurde. Damit würde voraussichtlich auf der Brückenstraße ein erhebliches Plus an Verkehr für die Dauer der Bauzeit abzuwickeln sein. Alleine schon vor diesem Hintergrund sei es sinnvoll, dort für eine richtige Beleuchtung zu sorgen, damit eben etwaige Gefahrenstellen minimiert werden. Hierfür hält er es auch für erforderlich, den östlichen Arm der Brückenstraße mit in die Maßnahme einzubeziehen. Bei Einbringung des Antrages im März habe der Ausschuss bereits darauf hingewiesen, dass eine Maßnahmenrealisierung noch vor der „dunklen“ Jahreszeit 2019 die sinnvollste Lösung sei.

Danach übernimmt Herr Beermann die Sitzungsleitung von Herrn Sprekelmeyer.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 12 Jastimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst:

Die SPD/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Georgsmarienhütte beantragt, in der Straße „Brückenstraße“ im Ortsteil Harderberg für bessere (Durchgehende) Beleuchtung zum Schutz der Fußgänger und Radfahrer zu sorgen.

11. Antrag der SPD / FDP Gruppe - Schutz der biologischen Artenvielfalt/Biodiversität in der Stadt Georgsmarienhütte
Vorlage: BV/118/2019

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird von Ratsmitglied Dr. Ferié ausführlich der vorliegende Antrag der SPD/FDP-Gruppe begründet.

Nach Auffassung der SPD/FDP-Gruppe müsse vermehrt auch im innerstädtischen Bereich und auf städtischen Liegenschaften usw. darauf hingewirkt werden, dass dem anhaltenden Insektensterben Einhalt geboten wird. Gleichzeitig sei die Verarmung der Landschaft durch das Reduzieren der Wegeränder auf wenige Zentimeter nicht zu akzeptieren, zumal bereits in den Flächen erhebliche Anteile von Pestiziden ausgebracht würden, die in letzter Konsequenz das Insektensterben beschleunigen.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages geht er ausführlich auf die im Antrag der SPD/FDP-Gruppe aufgeführten Einzelpunkte ein und bittet um Zustimmung zu diesem Antrag.

Ratsmitglied Welkener hält es grundsätzlich für sinnvoll, ein derartiges Konzept zu erstellen und auch konkrete Einzelmaßnahmen zu beschließen.

Allerdings hält er die von Dr. Ferié angesprochenen Schottergärten nicht für ursächlich im Hinblick auf das seit langem anhaltende Insektensterben. Hier sollten entsprechend sinnvolle Maßnahmen durchgeführt werden, die die Lebensräume für die Insekten verbessern.

Ratsmitglied Weckermann spricht sich für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen grundsätzlich auch für eine derartige Konzeption aus, hält im Gegensatz zu Ratsmitglied Welkener Schottergärten für unzulässig, sieht hierfür jedoch die Verantwortung für die Überprüfung und ggf. Beseitigung eindeutig beim Landkreis, da dieses in der Niedersächsischen Bauordnung geregelt sei. Unterstützend zu dieser Maßnahme könnten bei neuen Baugebieten entsprechende Festsetzungen in die Bauleitplanung eingebracht werden, die dann auch bußgeldbewehrt werden könnten, um hier sowohl dem Landkreis als auch der Stadt Georgsmarienhütte eine entsprechende Handlungsoption an die Hand zu geben.

Herr Dimek weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits vor einiger Zeit im Verwaltungsausschuss über die Möglichkeit von Grünfestsetzungen für Vorgartenbereiche, aber auch von anderen Möglichkeiten, z. B. Förderprogramm für Gebäudebegrünung im Zusammenhang mit der damaligen Presseberichterstattung zu Schottergärten berichtet habe. Es sei vorgesehen, diesen Punkt nach den Sommerferien im zuständigen Fachausschuss zu behandeln. Im Augenblick besteht für eine intensive Überprüfung der Zulässigkeit der einzelnen Anlegungen von Schottergärten oder der Einhaltung von Pflanzgeboten kaum eine Möglichkeit, da entsprechendes Personal in der Umweltabteilung der Stadt Georgsmarienhütte nicht vorhanden sei. Auch die Ausarbeitung eines Konzeptes, falls sie denn kurzfristig erfolgen müsse, sei nicht gewährleistet.

Ratsmitglied Ferié hält es für sinnvoll, eine entsprechende konzeptionelle Arbeit mittelfristig anzulegen. Hierfür könne man sich auch ggf. externer Begleitung versichern. Insgesamt sieht er einen Zeitrahmen von max. 4-5 Jahren für die Konzepterstellung und Umgestaltung von Flächen, die im Eigentum der Stadt Georgsmarienhütte liegen.

Ratsmitglied Dierker hält den Beitritt zum „Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt“ für sinnvoll, um hieraus ggf. Handlungsanleitungen, Unterstützungen und dergl. mehr zu akquirieren.

Auch die CDU-Fraktion kann dem Antrag der SPD/FDP-Gruppe grundsätzlich zustimmen, hält jedoch die restriktive Aussage zur Anlegung von Stein- und Schottergärten für überzogen.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Passage zur Anlegung von Stein- und Schottergärten wie folgt zu ändern:
Aufarbeitung der Problematik von Stein- und Schottergärten in der Stadt Georgsmarienhütte.

Dieser Vorschlag wird vom Ausschuss befürwortet. Abschließend weist Ausschussvorsitzender Beermann auf den von der Bundesregierung aufgelegten und im Internet veröffentlichten Masterplan Stadtnatur hin. Die Verwaltung wird hierzu versuchen, nähere Informationen zu erhalten.

Folgende geänderte Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Beschlussvorschlag der SPD / FDP Gruppe:

Die Stadt Georgsmarienhütte verpflichtet sich zum Erhalt und Schutz der biologischen Artenvielfalt im Bereich der Stadt Georgsmarienhütte.

Hierzu wird ein Konzept erarbeitet, welches die folgenden Punkte einschließt:

- Aufführung aller bereits ergriffenen Maßnahmen der Stadt um dem Insektensterben entgegenzuwirken.
- Vorhandene städtische Grünflächen (z.B. Kreisverkehre, Verkehrsinseln, Brachflächen, Parkanlagen, etc.) in Zusammenarbeit mit Imkerverbänden, Naturschutzverbänden und Schulen (im Rahmen von Schulprojekten) sukzessive neu zu bepflanzen und zu gestalten (pflanzen von einheimischen, züchterisch nicht veränderten Bäumen, Sträuchern und Wildblumen mit Bedeutung für blütenbesuchende Insekten).
- Prüfung, wo pollen- und nektarreiche Wiesenflächen oder Blühstreifen entstehen können und entsprechend gestaltet werden können.
- **Aufarbeitung der Problematik von Stein-/Schottergärten im Bereich der Stadt Georgsmarienhütte.**
- Durchführung einer Informationskampagne über die Bedeutung von Biodiversität in der Stadt, zur Steigerung der Akzeptanz von ökologisch und naturnah gepflegten öffentlichen Grünflächen sowie zum Aufzeigen von Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern, giftfreier Maßnahmen im Garten und naturnaher Bepflanzung.
- Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ (www.kommbio.de).

**12. Antrag der CDU - Brückenerneuerung an der Schulstraße im Jahr 2020
Vorlage: BV/122/2019**

Ratsmitglied Sprekelmeyer erläutert den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion, der sich aus dem erforderlichen Brückenabriss/Brückenneubau über die B 68 im Stadtteil Harderberg ergibt. Hier sollten die im Beschlussvorschlag aufgeführten Forderungen zum Bau einer Ersatzbrücke, zur Reduzierung/Verringerung der Belastung der Anwohner in der Nähe der Ersatzbrücke, zur Schaffung von Haltemöglichkeiten für PKW's im Bereich der Raiffeisenstraße, zur Schaffung weiterer Parkplätze in unmittelbarer Nähe von Schule, Kindergarten, Turnhalle und Sportplatz und eine Bürgerbeteiligung im Planungs- und Genehmigungsverfahren der Brücke zwingend umgesetzt werden. Entsprechende Forderungen sind gegenüber der zuständigen Landesstraßenbaubehörde zu formulieren.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache weist Herr Dimek darauf hin, dass das Straßenbauamt die Gespräche mit den direkt von der Maßnahme betroffenen Anliegern in den Monaten Juni/Juli 2019 terminieren wird. Eine Verschiebung sei aufgrund der erfolgten Bürgerinformation und der daraus resultierenden weiteren Prüferfordernisse erforderlich

geworden. Zwischenzeitlich prüfe auch das Straßenbauamt die Errichtung einer Querung mittels einer Ersatzbrücke über die B68.

Ratsmitglied Funke erkundigt sich nach der Kostenträgerschaft für die Brücke.

Hierauf erwidert Herr Dimek, dass die Kostenfrage noch nicht geklärt sei.

Ratsmitglied Kompa erklärt für die SPD/FDP-Gruppe, dass man diesen Antrag der CDU-Fraktion in allen Punkten unterstützen wolle. Allerdings sei er davon ausgegangen, dass die Verwaltung längst entsprechende Gespräche über diese bereits seit längerem vorliegenden Vorschläge und Forderungen aus der Politik mit dem Straßenbauamt geführt habe, um alle Voraussetzungen zu klären.

Diese Annahme wird von Herrn Dimek bestätigt.

Ratsmitglied Sprekelmeyer weist darauf hin, dass die geplante Fußgängerbrücke keine Dauerlösung; sei die Kosten für dieses Ersatzbauwerk daher vom Straßenbauamt übernommen werden müssten.

Auch hier weist Herr Dimek auf die angespannte Personalsituation hin, da mit diesem Antrag erhebliche Personalressourcen gebunden werden. Aufgrund der erkennbaren Erfordernisse, Abriss der Brücke und Neubau der Brücke in einem vorgesehenen Zeitrahmen, wird diese Maßnahme in der Priorität höher angesiedelt werden, so dass ggf. andere Projekte dahinter zurückstehen müssen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 1 Enthaltung einstimmig gefasst:

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

Der Rat/VA beschließt folgende Forderung gegenüber dem NLSTBV:

1. Bau einer barrierefreien Ersatzbrücke während des Neubaus der Brücke. Die Planung ist unverzüglich aufzunehmen. Diese Forderung ist der Landesbehörde umgehend mitzuteilen.
2. Möglichkeiten zu suchen und umzusetzen, um die Belastung der Anwohner in der Nähe der Ersatzbrücke so gering wie möglich zu halten. Die Straße Am Oewer darf nur von Anliegern befahren werden.
3. Schaffung von Haltemöglichkeiten an der Raiffeisenstraße für PKWs zum Ein- und Aussteigen der Kinder.
4. Schaffung weiterer Parkflächen in unmittelbarer Nähe von Schule, Kindergarten, Turnhalle und Sportplatz.
5. Bürgerbeteiligung im Planungs- und Genehmigungsverfahren der Brücke.

Die Stadt Georgsmarienhütte wird dabei in den ihr obliegenden Aufgaben unterstützen. Die Verwaltung wird beauftragt, die bereits angedachten Maßnahmen weiter zu entwickeln. Die Umsetzung dieser Punkte ist sofort in Angriff zu nehmen.

**13. Antrag der CDU - Fahrradweg von Bad Iburg nach Georgsmarienhütte
Vorlage: BV/123/2019**

Ratsmitglied Sprekelmeyer erläutert den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion und hält eine grundsätzliche Sanierung dieses Radweges im Bereich des Herrenrestes für erforderlich. Allerdings sollte vor einer Sanierung das Gespräch mit der Stadt Bad Iburg gesucht werden, um hier gemeinsam über die sinnvolle Erweiterung und Weiterführung dieser

Radwegeverbindung über den Herrenrest hinaus eine abgestimmte Planung zu erreichen. Wichtig sei für die CDU-Fraktion auch eine Weiterführung dieser Radwegeverbindung in das Stadtzentrum Georgsmarienhütte hinein. Hier müsse insgesamt ein Konzept erarbeitet werden, was dann ggf. mit dem Landkreis Osnabrück im Hinblick auf Fördermöglichkeiten noch abgeklärt werden sollte.

Herr Dimek erklärt, dass auch hierfür Personalressourcen gebunden werden, insbesondere wenn es um die Radwegführung im Stadtzentrum Georgsmarienhütte gehe.

Ratsmitglied Sprekelmeyer betont nochmals, dass es darum geht, ein Konzept zu erarbeiten und nicht darum, die Maßnahmen jetzt kurzfristig auszuführen. Hier müssen zunächst erste Gespräche geführt werden. .

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

Der Rat/VA beschließt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Landkreis und den weiteren zuständigen Stellen Kontakt aufzunehmen, um zu erreichen, dass an der B51 von Georgsmarienhütte nach Bad Iburg der marode Bürgersteig auf der rechten Seite in Fahrtrichtung Bad Iburg zu einem kombinierten Fuß-/Radweg ausgebaut wird. In diesem Zuge muss auch der Radweg durch das Stadtzentrum Oesede für eine mögliche Ertüchtigung bzw. Aufwertung begutachtet werden.

Die Stadt Georgsmarienhütte wird dabei in den Ihr obliegenden Aufgaben unterstützen. Die Verwaltung wird beauftragt, sich zeitgleich mit der Stadt Bad Iburg abzustimmen. Die Umsetzung ist sofort in Angriff zu nehmen.

14. Beantwortung von Anfragen

14.1. Straßenzustand Feuerstätte

Anfrage von Herrn Welkener:

Herr Welkener erinnert an seine bereits gestellte Anfrage zum Straßenzustand an der Feuerstätte.

Antwort der Verwaltung:

Wie bereits mehrfach mitgeteilt wurde, handelt es sich hier um keine routine-mäßige Unterhaltungsmaßnahme. In der Verwaltung wird derzeit geprüft, auf welche Weise die Fahrbahn in der Feuerstätte erneuert werden kann. Nach derzeitigem Stand ist vorgesehen, die Maßnahme in 2020 umzusetzen.

14.2. Fliegenplage Kolpinghaus/Mühlenbruch

Anfrage von Herrn Welkener:

Herr Welkener schildert, dass die Gaststätte „Tor III“ ihren Biergarten nicht öffnen könne. Dies sei auf eine Fliegenplage im Bereich Mühlenbruch zurückzuführen. Er bittet um Prüfung.

Antwort der Verwaltung:

Aufgrund von Anliegerbeschwerden aus dem Umfeld hat die Verwaltung das Gewerbeaufsichtsamt eingeschaltet. Zusammen mit dem Veterinäramt sowie dem Gesundheitsamt des Landkreises Osnabrück haben Ortstermine stattgefunden. U. a. wurde die Entsorgung von auf dem Grundstück gelagertem Müll angeordnet. Die Situation wird

weiterhin von den zuständigen Stellen überwacht. Auf die umfangreiche Presseberichterstattung wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

14.3. Barken am Mühlenweg

Anfrage von Frau Wallenhorst:

Frau Wallenhorst möchte wissen, warum am Mühlenweg in Kloster Oesede Barken aufgestellt sind.

Antwort der Verwaltung:

Der „Mühlenweg“ sowie auch die Straße „Auf der Insel“ wurden im Zuge der Bauarbeiten an der L 95 als Ausweichstrecken genutzt. Die Barken befinden sich im Bereich eines Durchlasses. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass es zu weiteren Abbrüchen am Fahrbahnrand kommt. Die Bankette wird regelmäßig beidseits in Stand gesetzt.

14.4. Infoveranstaltung zur Talbrücke Oesede

Anfrage von Herrn Beermann:

Herr Beermann möchte wissen, wann die für vor den Sommerferien angekündigte Informationsveranstaltung zum Abriss der Talbrücke Oesede stattfinden soll.

Antwort Straßenbauverwaltung:

Für eine Informationsveranstaltung zur Talbrücke Oesede gibt es momentan keine Grundlage. Nach unserer Einschätzung ist eine solche Information frühestens im Sommer 2020 sinnvoll – vorausgesetzt, es ergeben sich aus den derzeit noch laufenden statischen Untersuchungen keine neuen Erkenntnisse oder Notwendigkeiten.

14.5. Anliegengespräche mit Anwohner der Brücke Schulstraße

Anfrage von Herrn Dierker:

Herr Dierker möchte wissen, wann die Anliegengespräche mit den betroffenen Anwohnern der Schulstraße wegen der Brückensanierung an der Schulstraße durchgeführt werden. Diese sollten nach Aussage der Straßenbauverwaltung im Mai durchgeführt werden.

Antwort Straßenbauverwaltung:

Die Gespräche mit den betroffenen Anliegern sind im Juni/Juli 2019 vorgesehen. Die neue Terminierung wurde wegen der neuen Erkenntnisse und Forderungen in der Informationsveranstaltung im April erforderlich. Um die Gruppe der künftig betroffenen Eigentümer ermitteln zu können, wurden zusätzliche Voruntersuchungen zur Gestaltung einer planfreien Fußgängerführung während der Bauzeit erforderlich.

15. Anfragen

15.1. Lärmschutzwand im Bereich B 51

Anfrage von Frau Funke:

Ratsmitglied Funke erkundigt sich nach dem Sachstand der Ausschreibung bzw. der Flächenverfügbarkeit.

Antwort der Verwaltung:

Vorgesehen war eine kombinierte Maßnahme aus Lärmschutzwand und Lärmschutzwall. Nachdem jetzt die entsprechenden Grunderwerbe getätigt werden können, wird die Angelegenheit intensiv weiterbearbeitet.

15.2. Umbau Marktplatz Kloster Oesede

Anfrage von Frau Wallenhorst:

Frau Wallenhorst erkundigt sich nach dem Sachstand der Umbauarbeiten auf dem Marktplatz Kloster Oesede und bittet um Auskunft, wann mit dem Ende der Bauarbeiten zu rechnen sei.

Antwort der Verwaltung:

Herr Dimek teilt mit, dass vorgesehen sei, die wesentlichen Bauarbeiten vor der Durchführung der Kloster Klipp zu beenden. Restarbeiten seien danach noch auszuführen.

15.3. Borkenkäferplage

Anfrage von Frau Wallenhorst:

Frau Wallenhorst berichtet von der Einladung der Waldbesitzer und teilt mit, dass zu dem Zeitpunkt der Besichtigung die Borkenkäferplage noch nicht wieder in dem Umfang aufgetreten sei wie zum Ende des vergangenen Jahres. Hier bittet sie um Auskunft darüber, wie derzeit der Sachstand sei.

15.4. Reinigung von Straßeneinläufen

Anfrage von Herrn Dierker:

Ratsmitglied Dierker bittet darum, dass im Bereich der Schulstraße 3a der entsprechende Straßenablauf gereinigt werde. Bisläng habe er Reinigungsarbeiten dort nicht feststellen können.

Ratsmitglied Büter bittet in diesem Zusammenhang, dass auch im Bereich der Heinrich-Schmedt-Straße 93 und 95 die entsprechenden Einläufe gereinigt werden.

15.5. Straße Im Hainghof

Anfrage von Herrn Pesch:

Ratsmitglied Pesch bemängelt, dass auch nach dem Auffüllen der Querrinnen mit Bitumenmaterial hier noch erheblicher Verbesserungsbedarf besteht.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Beermann
Vorsitz

i. A. Bürgermeisterin

Frühling
Protokollführung